

Medienmappe

Pressekonferenz zur AHV-Reform

des Glarner 2x Nein-Komitees

08. September 2021

Im Room Tomorrow (Burgstrasse 26, 8750 Glarus)

AHV-Abbau

2x NEIN

Mehr bezahlen, weniger Rente

Medienmappe zuhanden der Medienkonferenz - 2x NEIN zur AHV Reform

8. September 2022, 09:00 Uhr, Burgstrasse 26, 8750 Glarus

Am 25. September 2022 stimmt die Schweiz über die AHV-Reform ab. Im Glarnerland hat sich ein Bündnis gegen die beiden AHV-Vorlagen gebildet. Wir sagen NEIN:

NEIN zu einer Reform, mit der einseitig auf Kosten der Frauen gespart wird: Mit der Vorlage AHV21 verlieren die Frauen ein Jahr AHV-Rente - das bedeutet rund 26'000 Franken weniger Einkommen. Doch schon heute sind die Renten der Frauen im Schnitt ein Drittel tiefer als die der Männer. Die Reform verschärft also diese bereits bestehende Ungleichheit.

NEIN zu einer Reform auf Kosten von uns allen: Die Mehrwertsteuererhöhung kommt im falschen Moment, denn das Leben wird teurer und die Realeinkommen sinken.

NEIN zu einer Reform auf Kosten von Normal- und Geringverdienenden: Auf dem Arbeitsmarkt sind die Perspektiven im Alter schlecht. Fakt ist: Wer es sich leisten kann, geht heute in Frühpension - wer nicht, arbeitet weiter.

Um den Rentenabbau auf Kosten der Frauen und uns allen zu verhindern, braucht es am 25. September 2x ein Nein bei der AHV-Reform.

Personen aus verschiedenen Organisationen und Parteien sind an der Medienkonferenz vertreten und erläutern, warum die Vorlage abzulehnen ist:

Keller, Regula Nelly	GRÜNE des Kantons Glarus	Seite 3
Auer, Lukas	UNIA	Seite 5
Kälin, Werner	SP Glarus	Seite 7
Bukovac, Gloria	Junge Grüne Glarus	Seite 9
Meier, Leana	Feministisches Kollektiv	Seite 10

Kernaussagen der Redner*innen gegen die AHV-Reform

- Keller, Regula Nelly (GRÜNE des Kantons Glarus) *“Eine Flexibilisierung des Pensionsalters in dieser Form privilegiert somit die Gutverdienenden: Diese haben eine 50% höhere Quote bezüglich Frühpensionierung!”*
- Auer, Lukas (UNIA) *“Das Resultat der AHV21-Initiative wäre eine Armutsfalle und ist aus unserer Sicht konsequent zu verhindern, deswegen 2x NEIN!”*
- Werner, Kälin (SP Glarus) *“Statt dass man die Lohn- und Rentendiskriminierung der Frauen behebt, setzt man ihr Rentenalter herauf und nimmt ihnen das, was diese Diskriminierung im Moment wenigstens ein bisschen kompensiert.”*
- Bukovac, Gloria (Junge Grüne Glarus) *“Der befürchtete Konkurs der AHV steht allerdings nicht so kurz bevor, wie es oft erscheint. Beispielsweise ist das AHV-Kapital zwischen 2020 und 2021 trotz der Corona-Pandemie um ungefähr 2,5 Millionen Franken angestiegen.”*
- Meier, Leana (Feministisches Kollektiv) *“Für eine nachhaltige Altersvorsorge müssen wir beginnen, die AHV und die PK zusammenzudenken. Nur ein Lohnprozent von der PK in die AHV zu schieben, würde z.B. reichen, um eine existenzsichernde AHV zu garantieren, so wie es auch in unserer Verfassung steht.”*

Votum von Regula N. Keller (Präsidentin der Grünen des Kt. Glarus)

(Es gilt das gesprochene Wort)

Care-Arbeit von Frauen, Müttern ... und insbesondere Grossmüttern

Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist in der Schweiz nach wie vor weit weg von «optimal». Es braucht in vielen Familien auch die Unterstützung der Grosseltern – und auch da zeigt sich das übliche Bild: Es sind vor allem die Frauen, die diese Care-Arbeit übernehmen, zur Zeit ihrer Pensionierung, aber auch in den letzten Jahren ihrer Berufszeit. Es sind die Grossmütter, selten die Grossväter, die ihr Arbeitspensum reduzieren, um für die Familienarbeit Zeit zu haben.

Anerkennen wir diese Leistung – und erhöhen wir das Rentenalter für Frauen nicht vor einer grundsätzlichen, sozial gerechten und fairen Rentenreform.

Rentenaltererhöhung als Weg aus der längerfristigen Finanzierungslücke?

Die AHV benötigt längerfristig weitere Finanzierungsmöglichkeiten, ja. Wir haben jedoch noch gut 10 Jahre Zeit, dafür eine Lösung zu finden. Und diese Lösung muss nicht darin bestehen, das Rentenalter für die Frauen (und mit grosser Wahrscheinlichkeit, wenn dieser Pfad am 25. September beschritten werden sollte, das Rentenalter aller) zu erhöhen.

Als ein Beispiel: Gleichberechtigung bei den Löhnen würde der AHV jährlich über 800 Millionen Franken zuführen - das entspricht in etwa dem, was durch die Erhöhung des Rentenalters von Frauen auf 65 jährlich eingespart würde.

Oder eine andere Finanzierungsmöglichkeit: Die Nationalbank könnte die AHV stärker finanzieren.

Flexibilisierung - eine Schein-Wahlmöglichkeit

Die AHV 21 bringe mehr Möglichkeiten zur Flexibilisierung – Frauen und Männer könnten so selbstbestimmt zwischen 63 und 70 über den Zeitpunkt ihres Pensionsalters entscheiden. Leider entpuppt sich auch dieses Versprechen als Ammenmärchen: Eine frühere Pensionierung muss man sich leisten können, und das trifft in den seltensten Fällen auf die Frauen zu. Zur Erinnerung hier nochmals die Fakten: 1/3 aller Frauen hatte 2021 keine Pensionskassenrente. Frauen mit Pensionskasse erzielen durchschnittlich nur die Hälfte der Pensionskassenrente der Männer. Eine von 10 Frauen beantragt bereits zum Zeitpunkt ihrer Pensionierung Ergänzungsleistungen. Und nur 10% aller haben die finanziellen Möglichkeiten, in die 3. Säule einzuzahlen!

Eine Flexibilisierung des Pensionsalters in dieser Form privilegiert somit die Gutverdienenden
- bspw. die in der Versicherungs- und Finanzbranche Tätigen: Diese haben eine 50% höhere
Quote bezüglich Frühpensionierung! Und nur nebenbei: Es sind diese, die vorher Studien
publizieren, wir müssten das Rentenalter erhöhen!

Votum von Lukas Auer (Gewerkschaftssekretär Unia)

(Es gilt das gesprochene Wort)

Die Arbeitsmarktsituation für ältere Arbeitnehmer ist schon jetzt angespannt

Schon heute ist es so, dass ein Jahr vor Erreichen des Rentenalters nur noch die Hälfte der Arbeitnehmer:innen einer Arbeit nachgehen.

In den meisten Fällen ist es für Arbeitnehmer:innen im fortgeschrittenen Alter schwierig, einen Job zu finden, da die meisten Arbeitgeber diesen nur selten eine Chance geben. Darüber hinaus gilt es zu beachten, dass es für ältere Mitmenschen sehr schwierig ist, weiter im angestammten Beruf zu arbeiten. Das ist vor allem in den körperlich stark fordernden Berufen, wie beispielsweise auf dem Bau oder in der Pflege zu beobachten, um nur zwei dieser Sparten zu nennen.

Zusammenfassend kann man hierzu sagen, dass durch eine Erhöhung des Rentenalters einfach mehr Menschen von Langzeitarbeitslosigkeit und schlussendlich von Sozialhilfe betroffen sein werden.

Das Resultat der AHV21-Initiative wäre eine Armutsfalle und ist aus unserer Sicht konsequent zu verhindern, deswegen 2x NEIN!

Mehrwertsteuererhöhung – Senkung der Kaufkraft und unsoziale Belastung der unteren Einkommen

Die Initiative AHV21 sieht vor, dass zur weiteren Finanzierung der AHV die Mehrwertsteuer erhöht werden soll. Dies lehnen wir als Gewerkschaft Unia kategorisch ab. Eine Mehrwertsteuererhöhung bedeutet einen effektiven Kaufkraftverlust für alle. Die Preise für Waren, Dienstleistungen und auch Krankenkassenprämien sind bereits jetzt im Begriff zu steigen und würden durch die geplante Erhöhung noch stärker ansteigen. Damit nicht genug, nachweislich belasten Mehrwertsteuererhöhungen besonders kleine Einkommen, diese sind somit doppelt lackiert, sie tragen die Erhöhungen der Steuern mit, die später ihre AHV stärker belasten in Form der Ausgaben. Das ist vollkommen unsozial!

Grundsätzlich gilt für uns: Mehr bezahlen, um weniger zu erhalten, ist mit uns nicht machbar, deswegen 2x NEIN! Keine Umstellung der AHV zu Lasten der Tieflöhner:innen.

Frauenrenten und Care-Arbeit

Von den Fürsprechern von AHV21 wird ständig auf die Gleichberechtigung verwiesen und dass es notwendig wäre, dass Frauen jetzt länger und genauso lange wie Männer arbeiten sollten. Hierbei werden aber vor einigen Tatsachen geschickt die Augen verschlossen:

- Frauenrenten aus der AHV sind in der Regel um ein Drittel tiefer als die der Männer.

- Frauen arbeiten in der Regel in sehr belastenden, jedoch schlecht entlohnten Jobs, wie zum Beispiel in der Pflege oder dem Detailhandel.
- Care-Arbeit bleibt in der Regel bei allem Fokus auf Gleichberechtigung immer noch am stärksten an Frauen hängen, die sich um Kinder und Angehörige kümmern und den grössten Teil des Haushaltes schmeissen.

Die Gleichberechtigung ist hier nur ein Scheinargument, denn wenn es den Initiant:innen wirklich um Gleichberechtigung ginge, dann gäbe es Forderungen wie bessere Löhne in Berufen, in denen hauptsächlich Frauen arbeiten, Anrechnung von Care-Arbeit auf die AHV oder ähnliches. Davon aber keine Spur, nur die Forderung nach einer Erhöhung des Rentenalters für Frauen. Das kommt einzig einer Rentenkürzung gleich, und zwar der Renten, die sowieso schon am tiefsten sind.

Hier sollen die Frauen, die vom System schon benachteiligt werden, die Hauptlast der Veränderung tragen, ohne uns! Deswegen 2X NEIN!

Unia Ostschweiz-Graubünden

Für Rückfragen: Lukas Auer, Gewerkschaftssekretär Unia 078 955 51 68

Votum von Werner Kälin (Geschäftsleitungsmitglied SP Glarus)

(Es gilt das gesprochene Wort)

Die AHV ist ein geniales Werk der Solidarität. Die AHV hat eigentlich nur ein Problem: Sie wird immer wieder angegriffen und schlecht geredet. Die AHV-Vorlagen vom 25. September sind ein weiteres Beispiel eines solchen Angriffs.

Die Debatte dreht sich primär um die Frauen. Kein Wunder: Jeder Frau droht eine Rentenkürzung von 26'000 Franken. Eine Rentenkürzung droht also auch den Ehepaaren. Eigentlich geht es aber um noch etwas ganz anderes.

Erstens geht es darum, dass alle Menschen in der Schweiz, die nicht ein ganzes Leben lang voll und sehr gut entlohnt arbeiten können, auf eine starke AHV angewiesen sind. Stark in den Leistungen und logisch finanziert.

Was die *Leistungen* angeht: Diese wurden zuletzt vor 30 Jahren verbessert. Alle anderen Reformen seither haben den Namen «Reform» nicht verdient. Immerhin: Auch wenn er leider der Zeit hinterherhinkt, gibt es auf die AHV-Rente einen Teuerungsausgleich.

Was die *Finanzierung* angeht: Die Erhöhung der Mehrwertsteuer trifft genau die Gleichen, also die mit tiefen Einkommen, am stärksten. Und das in einer Zeit, in der die Teuerung mit aller Wucht zuschlägt. Ausserdem ist es ziemlich dreist, für weniger Leistung auch noch einen höheren Preis zu verlangen.

Zweitens geht es darum, dass es der AHV an sich gut geht. Jetzt soll aber ein Problem dem Buckel der Schwächsten gelöst werden, das nicht in der ersten, der AHV, sondern hauptsächlich in der zweiten Säule, der beruflichen Vorsorge, besteht.

Die erste sollte zusammen mit der zweiten Säule die Fortsetzung des gewohnten Lebens ermöglichen. Das ist heute nicht mehr gewährleistet, weil sich die Renten aus der zweiten Säule immer mehr verschlechtern und keinen Teuerungsausgleich kennen. Trotzdem soll die erste Säule jetzt daran glauben. Das ist auch ökonomisch nicht besonders schlau.

Es geht also eigentlich um den Kampf, wo die Lohnprozente hinfließen. Heute fließen 8,7

Prozent eine Lohnfrankens in die AHV und 14 Prozent in die berufliche Vorsorge. In der AHV ist der gesamte Lohn versichert. Die Beiträge passen sich also der wirtschaftlichen Entwicklung an. In der beruflichen Vorsorge ist nur ein Teil des Lohnes versichert.

Die grossen Versicherer und Pensionskassen wollen natürlich, dass weiterhin möglichst viele Lohnprozente in die berufliche Vorsorge fliessen. Das ist einerseits aus deren Sicht nachvollziehbar, andererseits aber nur dann sinnvoll, wenn mit diesem Geld auch so gearbeitet wird, dass die Renten nicht immer noch tiefer sinken.

Die AHV soll allen ein Alter in Würde garantieren. Es braucht also Rentenverbesserungen statt Rentenverschlechterungen in der ersten Säule. Denn bei der AHV erhalten 92 Prozent der Bevölkerung mehr Rente, als sie selbst dafür einbezahlt haben.

Dieser Umverteilungsmechanismus mag nicht allen – zum Beispiel den anderen 8 Prozent, den Versicherern und den Pensionskassen – gefallen. Er macht uns aber gesellschaftlich stark und schafft auch bei den heutigen Arbeitskräften das Vertrauen, dass sie sich auf die abgegebenen Lohnprozente verlassen können.

Die SP sagt aus diesen und vielen anderen Gründen zweimal Nein zu den AHV-Vorlagen.

Votum von Gloria Bukovac (Vorstandsmitglied Junge Grüne Glarus)

(Es gilt das gesprochene Wort)

Zum jetzigen Zeitpunkt ist unsere 1. Säule, die AHV, die einzige der drei Vorsorgesäulen, die ihren Teil zur Gleichstellung beiträgt. Personen, die für einen längeren Zeitraum nicht erwerbstätig waren, lange Teilzeit gearbeitet haben oder einer tiefer entlöhnten Arbeit nachgingen, konnten auf die 2. Säule, ihre Pensionskasse, nur wenig einzahlen. Erst recht nicht konnten sie es sich leisten, auf die freiwillige 3. Säule einzuzahlen. So sind diese Personen umso mehr auf eine zuverlässige AHV-Rente angewiesen, die zum Glück allen zusteht.

Zu diesen vorhin erwähnten Personengruppen gehören überproportional Frauen. Frauen, die sich selbst und ihre Bedürfnisse jahrelang hinter diese anderer gestellt haben. Frauen, die jahrelang, ohne dafür entlohnt zu werden, verschiedenste Aufgaben im privaten Umfeld verrichtet haben. Und auf ihre Kosten soll nun die AHV-Reform stattfinden.

Die gleichstellende Funktion der AHV würde somit durch die Verstärkung bereits bestehender Ungleichheiten in den Hintergrund gerückt werden. Die Reform würde effektiv einer Rentenkürzung bei Personen entsprechen, deren Renten aus den eben genannten Gründen ohnehin schon tiefer sind.

Dass im Schweizer Vorsorgesystem Reformen nötig sind, sei unbestritten. Der befürchtete Konkurs der AHV steht allerdings nicht so kurz bevor, wie es oft erscheint. Beispielsweise ist das AHV-Kapital zwischen 2020 und 2021 trotz der Corona-Pandemie um ungefähr 2,5 Millionen Franken angestiegen. Dies kann unter anderem der steigenden Arbeitsproduktivität angerechnet werden. Auch generell wird das AHV-Kapital laut Berechnungen des Bundes bis im Jahre 2030 im Vergleich zum heutigen Kapital noch ansteigen.

Wollen wir uns also wirklich mit einer AHV-Reform auf Kosten einer ohnehin schon benachteiligten Gruppe geschlagen geben? Viel sinnvoller wäre es stattdessen, die Zeit, die unserer AHV noch bleibt, in eine langfristige und sozialverträgliche Lösung zu investieren. Daher: 2x Nein zu den AHV-Vorlagen am 25. September!

Votum von Leana Meier (Feministisches Kollektiv Glarus)

(Es gilt das gesprochene Wort)

Ich erschrecke immer wieder auf's Neue, wenn ich die Behauptung höre: "Mit der AHV-Vorlage schaffen wir mehr Gleichstellung.". Ihr habt die Zahlen gehört, warum diese Behauptung nicht stimmt. Ich versuche es Ihnen noch auf anderem Weg näherzubringen. Und zwar möchte ich gern starten mit einem Zitat von Florin Schütz:

Stellt euch vor, ihr nehmt an einem Sprintwettbewerb teil. 65m bis ins Ziel. Euch fällt auf: Bei der Hälfte der Teilnehmenden endet die Ziellinie schon nach 64m. Dafür stehen zahlreiche Hindernisse auf deren Rennstrecke, die bei euch nicht vorhanden sind.

Ihr wollt einen fairen Wettbewerb. Was also macht ihr? Einfach die Ziellinie bei allen auf 65m zu vereinheitlichen und that's it? Wohl kaum. Erstmal müssen die Hindernisse aus dem Weg geschafft werden. Dann kann die Ziellinie angeglichen werden.

Zurück zum Thema: Die Hindernisse auf der Rennstrecke heissen Care-Arbeit, Tieflohn-Jobs, Lohnungleichheit, Teilzeitarbeit und Co. Und es sind Hindernisse, von denen überwiegend Frauen betroffen sind.

Aber warum haben wir es plötzlich so eilig mit der "Gleichstellung" in der 1. Säule?

Frauen warten immer noch auf eine ausgeglichene Vertretung in Politik und Wirtschaft, auf eine wirkliche Anerkennung der Care-Arbeit, auf Schutz vor genderspezifischer Gewalt, auf bezahlbare Kitas... die Liste ist noch lange nicht zu Ende...

Seit Jahren kriegen wir zu hören, dass es schlecht steht um die Zukunft der AHV. Immer weniger Menschen, die arbeiten, tragen immer mehr, die in Rente gehen. Aber die jetzige Erhöhung des Rentenalters der Frauen hat weder etwas mit Gleichstellung zu tun noch mit einer realen Verbesserung der Altersvorsorge - Muss man sich fast fragen: gibt es wirklich keine andere Lösung?

Doch, die gibt es. Es wurden heute bereits Lösungen erwähnt (Negativzinsen der SNB und tatsächliche Lohngleichheit) und auf eine weitere möchte ich gerne genauer eingehen, denn: Wie es der AHV geht, ist nicht nur abhängig davon, wie viel Pensionierte es gibt, sondern die AHV ist in erster Linie abhängig von der Lohnsumme. Es wird in der Schweiz insgesamt genug Geld verdient. Das Problem ist, dass zu viel Geld an die falschen Ort fliesst. z.B. in die Penionskasse. Das Problem bei der PK ist, dass wir weniger vom eingezahlten Geld wieder an Rente ausgezahlt bekommen als von der AHV (obwohl wir mehr Prozente in de PK einzahlen). Gründe dafür sind z.B., dass die PK zinsabhängig ist, die Zinsen immer mehr

sinken, die PK sehr Teilzeit feindlich ist und zu dem kommen unglaublich hohe Verwaltungskosten.

Für eine nachhaltige Altersvorsorge könnten wir deshalb beginnen, die AHV und die PK zusammenzudenken. Lohnprozente (oder auch nur ein einziges Lohnprozent) von der PK in die sozial viel gerechter aufgestellte AHV schieben, würde reichen, um eine existenzsichernde AHV zu garantieren, so wie es in unserer Verfassung steht*.

Es bleibt mehr als genug Zeit für eine faire und zukunftsfähige AHV-Reform und wir wissen auch wie. Mit einem Nein am 25. September machen wir dafür den Weg frei. Und verhindern den Rentenabbau auf Kosten der Frauen und uns allen.

*Art. 112. Abs. 2 b: "Die Renten haben den Existenzbedarf angemessen zu decken."